

N i e d e r s c h r i f t
über die Sitzung des Kreistages am 23.05.2007
im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Osterholz-Scharmbeck
- 3. Sitzung der 15. Wahlperiode -

Anwesend:

1. **Als Vorsitzender:**
Hinnerk Heidhoff, Ritterhude,

2. **Die Kreistagsmitglieder:**
Jürgen Backhaus, Grasberg,
Hermann Bohling, Grasberg,
Karl-Gerd Brand, Schwanewede, ab 15.20 Uhr,
Anna-Maria Deutsch, Osterholz-Scharmbeck,
Kai Entelmann, Grasberg,
Dr. Peter Flieshardt, Osterholz-Scharmbeck,
Dr. Dietrich Frey, Osterholz-Scharmbeck,
Dörte Gedat, Schwanewede,
Brigitte Glinka, Schwanewede,
Angela Greff, Vollersode,
Marianne Grigat, Osterholz-Scharmbeck,
Werner Grobbau, Worpswede,
Heiner Grotheer, Osterholz-Scharmbeck,
Heiner Haase, Lilienthal,
Björn Herrmann, Schwanewede,
Johann Holler, Schwanewede,
Dr. Tim Jesgarzewski, Osterholz-Scharmbeck,
Gernot Jesgarzewski, Ritterhude,
Ippe Klaaßen, Ritterhude,
Martin Kai Köpke, Schwanewede,
Ingo Kurth, Ritterhude,
Irmgard Lippert, Ritterhude,
Christian Mayer, Lilienthal,
Sigrid Menning, Holste,
Udo Mester, Axstedt,
Landrat Dr. Jörg Mielke,
Axel Miesner, Lilienthal,
Wilfried Pallasch, Osterholz-Scharmbeck,
Willi Reitzig, Hambergen,
Monica Röhr, Lilienthal,
Michael Rolf-Pissarczyk, Osterholz-Scharmbeck,
Brunhilde Rühl, Osterholz-Scharmbeck,
Elke Schnakenberg, Grasberg,
Heinz-Bolko Schottke, Osterholz-Scharmbeck,
Willi Seidel, Worpswede,
Rainer A. Sekunde, Lilienthal,
Annette von Wilcke-Brumund, Schwanewede,
Heinz Warnken, Grasberg,
Dr. Gerhard Weidemann, Worpswede,
Wilhelm Wesselhöft, Lilienthal,
Gerhard Witte, Worpswede,
Ingrid Ziobro, Ritterhude,

Es fehlen entschuldigt:

Michael Harjes, Ritterhude,
Heidi Kupsch, Lilienthal,
Karl Schönemeier, Osterholz-Scharmbeck,
Marion Werner, Worpswede,

3. Von der Verwaltung:

Ltd. KVD Schauer,
Ltd. KVD`in Schumacher,
KVR Eckermann,
KAR Leckow,
KI`in z. A. Thalmann als Protokollführerin.

A. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B. Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Eröffnung der Sitzung

a) Feststellung der form- und fristgerechten Einladung

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Heidhoff eröffnet um 14:30 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages bei einer Anwesenheit von 43 Kreistagsmitgliedern fest.

Punkt 2

Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreistages am 21.02.2007

Beschluss:

Der Kreistag beschließt mit 42 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en):

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreistages vom 21.02.2007 wird genehmigt.

Punkt 3

Jahresabschluss des Tagungshauses Bredbeck für das Wirtschaftsjahr 2006, Lagebericht 2006

Entlastung der Werksleitung

(2007/100)

Der Abg. Reitzig geht auf das 30-jährige Bestehen des Tagungshauses ein. In den ersten Jahrzehnten sei das Tagungshaus stets auf hohe Zuschüsse angewiesen gewesen, die man aber habe reduzieren können. Insgesamt handele es sich um eine Einrichtung, die weit über die

Grenzen des Landkreises hinaus bekannt und anerkannt sei. Insbesondere die pfiffigen Ideen und kreative Lösungen, wie z.B. die Realisierung des Hochseilgartens, würden das Tagungshaus Bredbeck auszeichnen.

Der Abg. Reitzig bedankt sich nach weiteren Ausführungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Tagungshauses für deren Engagement und Einsatz. Er beantragt sodann die Feststellung des Jahresergebnisses, des Jahresüberschusses und die Entlastung der Werksleitung.

Der Abg. Sekunde schließt sich den Ausführungen des Abg. Reitzig an. Auch er freue sich, über die durchweg positive Entwicklung des Tagungshauses. Es sei deshalb wichtig, die Bemühungen der Abg. Rühl, die Bildungsstätte auch auf Landesebene bekannt zu machen, weiter voranzutreiben. Abschließend bittet der Abg. Sekunde darum, die Bildungsstätte noch stärker an den Tourismusbereich anzugliedern.

Der Abg. Haase bezeichnet das Tagungshaus Bredbeck als eines der Leuchtturmprojekte im Landkreis und erklärt seine Zustimmung zu dem von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Jahresabschluss zum 31. Dez. 2006 und der Lagebericht des Tagungshauses Bredbeck werden festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.360,48 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Werksleitung wird Entlastung erteilt.

Punkt 4

Beitritt zum Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.; Vertretung des Landkreises in der Metropolversammlung (2007/2)

Der Abg. Kurth macht deutlich, dass es sich bei der Metropolregion um eine ganz besondere Kooperation handele. Den Beitritt des Landkreises unterstütze er ausdrücklich und befürworte auch die Einbindung der Wirtschaft sowie die Vertretung des Landkreises durch den Landrat in der Metropolversammlung. Die Wahl des Landrates in den Vorstand der Metropolregion begrüße er. Abschließend bitte er darum, dass die Kreisverwaltung zukünftig weiter über die Entwicklungen innerhalb der Metropolregion berichten werde.

Auch der Abg. Miesner befürwortet den Beitritt des Landkreises Osterholz zur Metropolregion. Dieser sei ein wichtiger, vielleicht sogar historischer Schritt. Mit der Metropolregion sei eine besondere Kooperation über ein großes Gebiet mit einer hohen Wirtschaftskraft geschaffen worden. Der Abg. Miesner begrüßt ebenfalls die Einbeziehung der Wirtschaft, darüber hinaus halte er aber auch die Einbindung der kreisangehörigen Gemeinden für wichtig. Insgesamt stelle der Beitritt des Landkreises zur Metropolregion eine große Chance für den gesamten Landkreis Osterholz dar.

Der Abg. Haase führt aus, dass der Beitritt aus seiner Sicht sowohl positive als auch negative Aspekte beinhalte. Als positiv bezeichne er u.a. die Förderung der Wirtschaft, die Vermarktung der Region, sowie die Vertretung des Landkreises durch den Landrat. Als kritisch betrachte er

die Forderungen nach nach umstrittenen Infrastrukturvorhaben, wie z.B. der Küstenautobahn und der Y-Trasse. Er macht deutlich, dass er durch den Beitritt zur Metropolregion keineswegs verkehrspolitische Großprojekte unterstützen wolle. Es sei wichtig, immer zu betrachten, was speziell für den Landkreis Osterholz als ländlicher Raum von Nutzen sei. Der Abg. Haase befürchtet, dass die Metropolregion einen organisatorischen Rahmen für die Globalisierung in dieser Region bilden könne. Sofern regelmäßig dahingehend Entscheidungen getroffen werden sollten, müsse der Landkreis mit kritischen Entgegnungen aus seiner Fraktion rechnen. Dennoch signalisiert der Abg. Haase Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Dem Beitritt des Landkreises Osterholz zum Verein „Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten e.V.“, der Vereinsatzung und der Ergänzungsvereinbarung zum Verwaltungsabkommen vom 08.06.2001 über die Zusammenarbeit in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen wird zugestimmt.

2. Als Vertreter des Landkreises Osterholz wird Herr Landrat Dr. Mielke in die Metropolversammlung entsandt. Die Entscheidung über die zu entsendende Vertreterin bzw. den zu entsendenden Vertreter der kreisangehörigen Kommunen aus dem Landkreis Osterholz obliegt diesen in eigener Verantwortung.

3. Auf das Recht der Stimmführerschaft in der Metropolversammlung gegenüber der Vertreterin bzw. dem Vertreter der kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt verzichtet der Landkreis Osterholz.

Punkt 5

Global denken - lokal handeln

Regionale Auswirkungen des Klimawandels im Landkreis Osterholz

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.04.2007

(2007/133)

Der Abg. Haase führt zum Antrag seiner Fraktion aus, dass es sich bei dem Thema Klimawandel derzeit um ein viel diskutiertes Thema handele und weist auf die voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels vor Ort hin. Um diesen entgegenzuwirken, müsse auch der Landkreis aktiv werden. Der Abg. Haase verliest sodann die drei Anträge (Anlage 1 der Beschlussvorlage) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und erläutert diese.

Der Abg. Miesner bestätigt, dass es sich beim Thema Klimawandel um ein wichtiges Thema handele. Seiner Auffassung nach beinhalte dieser Antrag jedoch nichts Neues, es handele sich dabei vielmehr um allgemeine Sätze. Weiterhin bedankt er sich bei der Kreisverwaltung für die gute Sitzungsvorbereitung. Die Sitzungsvorlage zeige auf, inwieweit die Kreisverwaltung zum Thema Klimaschutz bereits aktiv geworden sei. Insbesondere der dritte Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Bezug von Strom aus regenerativen Energien würde allerdings aus seiner Sicht zu Irritationen führen. Sowohl der Landkreis als auch die privaten Haushalte würden mit der Abnahme von Strom regenerative Energien unterstützen. Er verweist diesbezüglich auf die gesetzlichen Regelungen zur Energieeinspeisung, die gewährleisten, dass ein Teil der Energie aus regenerativen Energien stamme. Abschließend spricht sich der Abg. Miesner für die Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Auch der Abg. Grotheer macht deutlich, dass das Thema Klimaschutz alle etwas angehe und bekräftigt die Aussagen des Abg. Haase. Wichtig sei es, gemeinsam daran zu arbeiten, den CO₂ Ausstoß zu verringern. Insgesamt halte er es jedoch für falsch, pauschalierte Vorgaben zu machen, wie dies im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN geschehen sei. Schließlich sei die Verwaltung auf diesem Gebiet bereits aktiv und werde zukünftig über die Entwicklungen jährlich berichten. Eine pauschale Festlegung den Energie- und Wasserverbrauch um 20% zu reduzieren, sei nicht der richtige Weg. Der Abg. Grotheer erklärt seine Unterstützung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Abg. Frey pflichtet den Äußerungen des Abg. Grotheer bei. Auch er halte solche pauschalierten Vorgaben nicht für richtig. Es bestehe die Gefahr, dass diese beispielsweise zu Lasten von Schülern gehen würden. Ein solcher Antrag könne seiner Auffassung nach nur nach außen, nicht aber nach innen wirken. Auch der Abg. Frey macht deutlich, dass er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Der Abg. Haase erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag der Verwaltung auch zustimmen werde und zieht den weitergehenden Antrag seiner Fraktion zurück. Durch ein einstimmiges Ergebnis würde ein positives Signal gesetzt werden.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Landrat berichtet jährlich dem Kreistag über die Entwicklung des Energieverbrauchs in kreiseigenen Schul- und Verwaltungsgebäuden sowie über die zur Energieeinsparung durchgeführten baulichen Maßnahmen. Dazu wird die Verwaltung die Energieverbrauchsdaten fortschreiben und um Witterungseinflüsse bereinigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2007 ein Konzept für die Zusammenarbeit der Schulen mit dem Landkreis zur Energieeinsparung durch aktives Nutzerverhalten zu entwickeln und auf Basis dieses Konzeptes den Prozess mit den Schulen neu zu beleben.
3. Bei der Stromausschreibung für den Zeitraum 2008/2009 sind auch Angebote für den Bezug von Strom aus regenerativen Energiequellen abzufragen und dem Kreisausschuss zu berichten.

Punkt 6

Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft auf kommunalen Flächen im Landkreis Osterholz

**hier: Antrag der Fraktion der Grünen vom 30.04.07
(2007/134)**

Die Abg. Gedat stellt den Antrag ihrer Fraktion vor. Aktueller Anlass für diesen Antrag sei der Anbau von gentechnisch verändertem Mais in der Gemeinde Bokel im Landkreis Cuxhaven. Die Risiken und Folgen von gentechnisch veränderten Organismen seien derzeit nicht abschätzbar. Die Thematik habe bereits zu Protesten aus der Bevölkerung, insbesondere auch aus der Landwirtschaft, geführt. Deshalb solle sich nun auch der Kreistag des Landkreis Osterholz zu diesem Thema positionieren. Die Abg. Gedat führt weiter aus, dass mit dem Antrag beabsichtigt werde, dass der Landkreis im Rahmen von Pachtverträgen den Anbau solcher gentechnisch veränderter Organismen auf den kreiseigenen Flächen ausschließt. Die Abg. Gedat zeigt sich

erfreut darüber, dass dieser Teil ihres Antrages in der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung aufgenommen wurde.

Die Abg. Gedat beantragt, die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung um die Nr. 4 des Antrages ihrer Fraktion wie folgt zu ergänzen:

Antrag:

Der Kreistag des Landkreises Osterholz unterstützt den Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der hiesigen Landwirtschaft insbesondere über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung (gentechnikfreie Regionen) durch die im Landkreis tätigen Landwirte und Mitglieder der Bauernverbände; Initiativen der örtlichen Landwirtschaft zur Gründung einer gentechnikfreien Region werden landkreisweit durch die Vermittlung fachkundiger Referenten unterstützt.

Der Abg. Miesner macht deutlich, dass es sich beim Thema Gentechnik um ein wichtiges, aber auch um ein sensibles Thema handle. Wichtig sei es festzustellen, welche Aufgaben und welche Zuständigkeiten gegeben seien. Die Verwaltung habe dies in der Tischvorlage sehr gut dargestellt. Der Auszug aus dem Zuwendungsbescheid für das GR-Projekt „Hammeniederung“ (Seite 5 der Tischvorlage) mache deutlich, dass auf einem Großteil der kreiseigenen Flächen der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen bereits ausgeschlossen sei. Nach weiteren Ausführungen erklärt der Abg. Miesner Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Abg. Dr. Jesgarzewski kritisiert, dass eine derart wichtige Angelegenheit als Tischvorlage vorgelegt werde. Gleichzeitig fordert er die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf, zukünftig Anträge von dieser Wichtigkeit rechtzeitig zu stellen, so dass der Kreisverwaltung genügend Vorbereitungszeit zur Verfügung stehe. Zur Sache stellt der Abg. Dr. Jesgarzewski fest, dass der Landkreis in dieser Angelegenheit nur beschränkte Handlungsmöglichkeiten besitze. Deshalb sei es umso wichtiger, den Einfluss, der zur Verfügung stünde, zu nutzen. Er fordert alle Fraktionen und die Kreistagsabgeordneten persönlich auf, mit ihrem Einfluss, aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen, insbesondere in der Gemeinde Bokel, vorzugehen. Obwohl die gentechnisch veränderten Organismen im Nachbarlandkreis angebaut würden, sei der Landkreis Osterholz vor den Gefahren der Gentechnik nicht geschützt und müsse deshalb aktiv werden. Der Abg. Dr. Jesgarzewski bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung, erweitert um die von der Abg. Gedat beantragte Ergänzung.

Der Abg. Brand nimmt an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage des Abg. Pallasch was „Freisetzung“ bedeute, erklärt Ltd. KVD´in Schumacher, dass es sich dabei um gentechnisch veränderte Organismen im Versuchsstadium handle. Ein „Anbau“ finde erst statt, wenn die Organismen eine allgemeine Zulassung außerhalb von Versuchsprojekten erhielten.

Der Abg. Dr. Weidemann unterstreicht nochmals die Notwendigkeit, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie von der Abg. Gedat beantragt zu ergänzen. Der Zusatz betreffe lediglich die politische Willenserklärung. Sofern in der Umgebung weiterhin gentechnisch veränderte Organismen angebaut werden würden, so macht der Abg. Dr. Weidemann deutlich, bestünde die große Gefahr eines horizontalen Gentransfers mit nicht kalkulierbaren Risiken.

Nach weiteren Wortbeiträgen der Abg. Gedat, Miesner und Grobbau, sprechen sich die Abg. Miesner und Grobbau für den Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne Ergänzung aus. Dabei handele es sich um eine nicht so weit gefasste Zusammenfassung der Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Der Abg. Grobbau ergänzt, dass es aus seiner Sicht auch wichtig sei, dass das Gebiet der Gentechnik mit seinen Risiken und Chancen weiter erforscht werde. Die Möglichkeit hierzu müsse nach seiner Auffassung weiter bestehen bleiben.

Abschließend stellt Landrat Dr. Mielke klar, dass die beantragte Erweiterung des Beschlussvorschlages nicht im Widerspruch zur Beschlussvorlage der Verwaltung stehe.

Der Vorsitzende lässt sodann über den ergänzenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt mit 27 Ja-Stimme(n), 16 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en):

Der Kreistag des Landkreises Osterholz unterstützt den Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der hiesigen Landwirtschaft insbesondere über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung (gentechnikfreie Regionen) durch die im Landkreis tätigen Landwirte und Mitglieder der Bauernverbände; Initiativen der örtlichen Landwirtschaft zur Gründung einer gentechnikfreien Region werden landkreisseitig durch die Vermittlung fachkundiger Referenten unterstützt.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den zweiten Beschlussvorschlag der Verwaltung um die Nr. 4 ihres Antrages zu ergänzen, wurde somit angenommen. Anschließend bitte der Vorsitzende um Abstimmung über den gesamten Antrag.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt mit 27 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 15 Stimmenthaltung(en):

1. Im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten stellt der Landkreis bei der Neuverpachtung, Verlängerung oder Änderung von Pachtverträgen sicher, dass auf landkreiseigenen Flächen kein Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen erfolgt.
2. Der Kreistag des Landkreises Osterholz unterstützt den Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der hiesigen Landwirtschaft insbesondere über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung (gentechnikfreie Regionen) durch die im Landkreis tätigen Landwirte und Mitglieder der Bauernverbände; Initiativen der örtlichen Landwirtschaft zur Gründung einer gentechnikfreien Region werden landkreisseitig durch die Vermittlung fachkundiger Referenten unterstützt.

Punkt 7

1. Verordnung zur Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung OHZ Nr. 11 "Hamberger Moor" vom 25.04.1978; Antrag der Samtgemeinde Hambergen auf Teillösung

hier: Abwägung der Stellungnahmen und Entscheidung über den Antrag (2007/103)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die 1. Verordnung zur Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung OHZ Nr. 11 "Hamberger Moor" wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen. Soweit den im Beteiligungsverfahren vorgelegten Anregungen und Bedenken mit dem Verordnungsentwurf nicht entsprochen wird, werden diese zurückgewiesen.

Die öffentliche Bekanntmachung der Verordnung erfolgt zeitgleich mit der Bekanntmachung der „7.2. Änderung des Flächennutzungsplanes“ der Samtgemeinde Hambergen.

Punkt 8

Aufhebung der "Tierseuchenbehördlichen Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest und die Newcastle-Krankheit für den Landkreis Osterholz" (2007/116)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die „Tierseuchenbehördliche Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest und die Newcastle-Krankheit für den Landkreis Osterholz“ vom 22.08.1994 wird mit Wirkung zum 01.06.2007 aufgehoben.

Frau Ltd. KVD in Schumacher verlässt die Sitzung.

Punkt 9

Allgemeine Stellvertretung des Landrates; Wahl von Frau Heike Schumacher als Erste Kreisrätin und ihre gleichzeitige Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (2007/115)

Landrat Dr. Mielke verweist auf die Tischvorlage mit der Dr.-Nr. 2007/115-1. Der Vollzug des Beschlusses sei von der Genehmigung des Haushaltes durch das Innenministerium abhängig. Deshalb müsse der Beschlussvorschlag aus der Sitzungsvorlage 2007/115 um den Beschlussvorschlag der Tischvorlage ergänzt werden.

Der Abg. Grotheer beantragt zu diesem Tagesordnungspunkt die Geschäftsordnung außer Kraft zu setzen und auf eine geheime Wahl zu verzichten. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Die Abg. Gedat erläutert, dass ihre Fraktion bereits nicht für die Schaffung dieser Stelle gestimmt habe, weil sie die Auffassung vertrete, dass die Einrichtung einer solchen Stelle beim Landkreis Osterholz grundsätzlich nicht erforderlich sei. Deshalb könne ihre Fraktion der heutigen Beschlussfassung ebenfalls nicht zustimmen. Die Abg. Gedat macht deutlich, dass diese Entscheidung nicht im Zusammenhang mit der Person oder der Arbeit von Frau Schumacher stehe.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt mit 36 Ja-Stimme(n), 5 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en):

Frau Ltd. KVD Schumacher wird unter Verzicht auf eine Ausschreibung gem. § 62 NLO für die Zeit vom 1. Juni 2007 bis zum 31. Mai 2015 (8 Jahre) zur Beamtin auf Zeit gewählt. Sie wird für die Dauer der Amtszeit als Erste Kreisrätin zur allgemeinen Vertreterin des Landrates bestellt und in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Landkreis Osterholz berufen.

Das Amt der allgemeinen Vertreterin des Landrates wird nach den Vorschriften der NKBesVO in die Besoldungsgruppe B 3 eingestuft. Daneben erhält Frau Schumacher die Aufwandsentschädigung nach § 3 NKBesVO in Höhe von 204,52 €

Mit der Ernennung zur Beamtin auf Zeit beim Landkreis Osterholz ist Frau Schumacher gem. § 36 Abs. 3 NBG kraft Gesetzes aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entlassen. Dieser Entlassungstatbestand tritt bei Ernennung zum 01.06.2007 mit Ablauf des 31.05.2007 ein.

Der Vollzug dieses Beschlusses erfolgt erst nach Genehmigung der Haushaltssatzung. Kann dadurch die Ernennung erst nach dem 01.06.2007 erfolgen, bleibt die 8-jährige Amtszeit davon unberührt; die Amtszeit endet dann nicht am 31.05.2015, sondern entsprechend später.

Ltd. KVD´in Schumacher nimmt wieder an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende spricht Ltd. KVD´in Schumacher seine Glückwünsche aus und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Ltd. KVD´in Schumacher bedankt sich bei den Kreistagsabgeordneten für das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Sie hoffe weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Kreistag.

Punkt 10

Wahrnehmung von Nebentätigkeiten und anderen Ämtern durch Herrn Landrat

Dr. Mielke

(2007/130)

Beschluss:

Der Kreistag beschließt mit 41 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en):

Herrn Landrat Dr. Mielke wird die Genehmigung erteilt, die nachstehend aufgeführten Tätigkeiten gem. § 73 NBG als Nebentätigkeit auszuüben. Die Genehmigung gilt längstens für die Dauer von 5 Jahren. Es handelt sich um die Funktionen als

- Verbandsvorsitzender und Vorsitzender der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen - ZVBN -
- Mitglied im Vorstand der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.
- Stv. Vorsitz des Aufsichtsrates der Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH – EVB –
- Mitglied im Aufsichtsrat der EWE Aktiengesellschaft
- Mitglied im Vorstand des Landschaftsverbandes Stade
- Mitglied im Vorstand des Nieders. Landkreistages – NLT -
- Stv. Mitglied im Sozialausschuss des Nieders. Landkreistages – NLT –

Punkt 11

Berichte über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses und Anfragen hierzu

Es liegen keine Berichte über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses vor.

Punkt 12

Berichte und Mitteilungen des Landrates über wichtige Angelegenheiten und Anfragen hierzu

a) schriftliche

Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor.

b) mündliche

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

Punkt 13

Anfragen gemäß § 12 Abs. 13 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen nach § 12 Abs. 13 der Geschäftsordnung vor.

Punkt 14

Wünsche und Anregungen

Es liegen keine Wünsche und Anregungen vor.

Die Abg. Gedat verlässt die Sitzung.

C. Nichtöffentliche Sitzung

Punkt 15

Genehmigung der Niederschrift des Kreistages über die nichtöffentliche Sitzung vom 21.02.2007

Beschluss:

Der Kreistag beschließt mit 41 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en):

Die Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Kreistages am 21.02.2007 wird genehmigt.

Der Abg. Grotheer verlässt die Sitzung.

Punkt 16

**Veräußerung einer Teilfläche des Schulsportplatzes des Gymnasiums Osterholz-Scharmbeck "Am Barkhof"
(2007/122)**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Landrat wird ermächtigt eine Teilfläche des Sportplatzes des Gymnasiums Osterholz-Scharmbeck (Flurstück 99/15, Gemarkung Osterholz-Scharmbeck, Flur 20) in der Größe von ca. 4.000 m² an die Bäderbetriebe GmbH Osterholz-Scharmbeck zu veräußern. Als Verkaufspreis wird ein Preis von mindestens 75,00 EURO pro m² festgesetzt.

Aus dem Verkaufserlös werden die Kosten der Instandsetzung / Herrichtung der Restfläche des Sportplatzes für schulische Zwecke bestritten. Der hierfür erforderlichen außerplanmäßigen Ausgabe bis zur Höhe des Verkaufserlöses wird zugestimmt.

Punkt 17

**Beförderung von Herrn Bauoberrat Johannes Kleine-Büning zum Baudirektor
(2007/119)**

Der Abg. Grotheer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Landrat Dr. Mielke beantragt zu diesem Tagesordnungspunkt die Geschäftsordnung außer Kraft zu setzen und auf eine geheime Abstimmung zu verzichten. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Landrat wird ermächtigt, Herrn Bauoberrat Johannes Kleine-Büning zum Baudirektor zu befördern. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007. Vom Ersten des Monats an, in dem die Beförderung wirksam wird, wird Herr Kleine-Büning in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 eingewiesen.

Punkt 18

Berichte und Mitteilungen des Landrates über wichtige Angelegenheiten und Anfragen hierzu

a) schriftliche

Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor.

b) mündliche

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

Punkt 19

Wünsche und Anregungen

Es liegen keine Wünsche und Anregungen vor.

Von 16:00 Uhr bis 16:30 Uhr erfolgt die Vorstellung des Kreistagstagsinformationssystem SD.NET durch Herrn Dettke von der Herstellerfirma „Sternberg Software-Technik GmbH“.

Ende der Sitzung: 16:30 Uhr